

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

11.2.1903 (No. 41)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 11. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendetwas. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 41.

1903.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 1. Februar d. J. gnädigst geruht, den Obersteuerinspektor Sippolyt Weis in Wertheim zum Finanzamt Achern, den Bezirkssteuerinspektor Dr. Engelhard Bernauer in Müllheim zum Finanzamt Wertheim, den Bezirkssteuerinspektor Fridolin Gund in Billingen zum Finanzamt Müllheim, sämtliche in gleicher Eigenschaft zu versetzen.
Ferner den Finanzassessor Karl Reßler in Heidelberg unter Verleihung des Titels Bezirkssteuerinspektor zum Vorstand des Finanzamts Billingen zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Landwirtschaft und Bund der Landwirte.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat zwar bereits mit einer Mehrheit von 40 gegen 16 Stimmen, welche um so bedeutsamer ist, als die 12 Stimmenthaltungen auf die bereits früher für den Antrag Kardorff eingetretenen Mitglieder des ständigen Ausschusses entfallen, erklärt, daß die Annahme der Zolltarifvorlage in der Fassung dieses Antrages den Interessen der deutschen Landwirtschaft entspricht. Angesichts der Generalversammlung des Bundes der Landwirte mag es indes am Platze sein, die Vorteile zusammenzufassen, welche der deutschen Landwirtschaft infolge der Annahme dieser Zolltarifvorlage bei der Neuregelung unserer Zoll- und Handelsverhältnisse in Aussicht stehen. Die schon in der Regierungsvorlage wesentlich erhöhten Zollsätze für Erzeugnisse der Landwirtschaft haben durchweg eine weitere Erhöhung erfahren. Im alten Zolltarif waren die Zollsätze für Weizen, Roggen, Hafer und Gerste 5,5, 4 und 2,25 M. Im neuen Zolltarif betragen sie 7,5, 7 und 7 M. Die Erhöhung beläuft sich jetzt beim Weizen auf 50, beim Roggen auf 40 Proz. Der Zollsatz für Pferde beträgt: Nach dem alten Zolltarif 20 M., nach der Regierungsvorlage 30 bis 300 M.; im neuen Zolltarif 30—360 M.; für Rindvieh: Alter Zolltarif 6—9 M., Regierungsvorlage 15—25 M. für das Stiel; neuer Zolltarif 18 M. für den Doppelzentner; für Schafe: Alter Zolltarif 2 M., Regierungsvorlage 2 M. für das Stiel; neuer Zolltarif 18 M. für den Doppelzentner; für Schweine: Alter Zolltarif 6 M., Regierungsvorlage 10 M. für den Doppelzentner; neuer Zolltarif 18 M. auf den Doppelzentner. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Erhöhung der Viehzölle weit über die der Getreidezölle hinausgeht und zum Teil das Vielfache der alten Sätze beträgt. Die gesetzlich festgelegten Mindestsätze für die vier wichtigsten Getreidearten gewähren die Sicherheit, daß auch bei Abschluß neuer Handelsverträge der Zollsatz mindestens für 100 Kilogramm bei Roggen um 1,50 M. oder über 40 Proz., bei Weizen um 2 M. oder beinahe 60 Proz., bei Hafer um 2,20 M. oder beinahe 80 Proz., bei Malzgerste um 2 M. oder 100 Proz. höher ist als jetzt. Die Viehzölle sind zwar nicht gebunden, aber sie berechnen sich über verhältnismäßig hohe im Hinblick auf das lebhafteste Interesse, welches die an der Vieheinfuhr nach Deutschland beteiligten Länder daran haben, sich durch den Abschluß von Handelsverträgen vor dem Ausschusse vom deutschen Markte zu sichern, zu der bestimmten Erwartung, daß bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge der deutschen Viehzucht ein ungleich wirksamerer Zollsatz als jetzt zu teil werden wird. Auch hat das Tarifgesetz gegenüber der Regierungsvorlage eine Reihe bedeutsamer Änderungen erfahren, welche sämtlich auf alten, auch vom Bunde der Landwirte eifrig vertretenen Forderungen beruhen: 1. die Einführung von Ursprungszeugnissen für Waren, welche einer differentiellen Zollbehandlung unterliegen, von Gesetzeswegen, um gegebenenfalls den höheren Sätzen des Generaltarifs Wirkung zu verschaffen, 2. die wesentliche Beschränkung der gemischten Transittarife, welche in Verbindung mit der Aufhebung der Zinsfreiheit der Zollkredite für das in ihnen lagernde ausländische Getreide die Schutzwirkung der Zölle sehr wesentlich verstärken und zusammen mit 3. der Aufhebung des Zollkredits bei Einfuhrung in den freien Verkehr, 4. die sofortige Gültigkeit der Einfuhrscheine bei der Ausfuhr von Getreide. Hat die Landwirtschaft somit infolge der Annahme des Antrages Kardorff Aussicht auf sehr viel wirksameren Zollsatz als

bisher, so gestaltet sich auch in Zukunft das Verhältnis der Agrarzölle zu den Industriezöllen minder ungünstig, als dies jetzt der Fall ist. Schon in der Regierungsvorlage war eine Verchiebung desselben zu Gunsten der Landwirtschaft erfolgt. Nach Angabe des Herrn Reichsfinanzministers betragen in dieser die Agrarzölle durchschnittlich 17,2 Prozent des Werts der Ware, die Industriezölle aber nur 5,9 Proz. Der Mehrertrag beziffert sich bei Zugrundelegung der jetzigen Einfuhrmengen bei den landwirtschaftlichen Zöllen auf 175, bei den Industriezöllen auf 35 Millionen Mark. In dem neuen Zolltarif sind die landwirtschaftlichen Zölle auf der ganzen Linie wesentlich erhöht, während dies umgekehrt bei den Industriezöllen nur ganz vereinzelt der Fall war, vielmehr die Herabsetzungen weit überwiegen. Insbesondere sind auch die Zölle auf eine Reihe von Industrieerzeugnissen, deren Hauptabnehmer die Landwirte sind, ermäßigt worden. Endlich sind der Landwirtschaft gesetzlich Mindestzollsätze, wenigstens für die vier wichtigsten Getreidearten, gesichert, während der Industrie eine solche Sicherung versagt ist. Um das Bild vollständig zu machen, mag ferner hingewiesen werden, daß, sofern mit der Annahme der Zolltarifvorlage der Regierung nicht eine geeignete Grundlage für den Abschluß neuer, den Interessen der heimischen Produktion entsprechenden Handelsverträge geboten worden wäre, ernstlich mit der Gefahr zu rechnen war, daß die jetzt geltenden Handelsverträge, über die die Landwirtschaft sich so schwer beklagt, auf lange Zeit hinaus fortbestehen mußten.

Mit den vorstehend angeführten Tatsachen vergleiche man folgende telegraphische Meldung:

* Berlin, 10. Febr. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Circus Busch war von 8000 Personen besucht. Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnete Hr. v. Wangenheim die Versammlung und gab einen Überblick über das Wirken des Bundes seit der vor zehn Jahren erfolgten Gründung. Köstke-Kaiserslautern sagte, die Wilhelmsche Periode bedeute nur eine Fortsetzung der Caprivischen und widmet den Kämpfern des Bundes, die im verflochtenen Jahrzehnt verstorben sind, einen Nachruf. Bülow und seine Minister ergreifen sich in Liebeswerbungen gegen das Ausland, selbst gegen die Sozialdemokratie. Im weiteren Verlauf der Generalversammlung führte Staatsminister aus, die Zukunft erfülle die Landwirte mit banger Sorge. Für Süddeutschland sei der neue Zolltarif ganz besonders schädlich. Der folgende Redner von Oldenburg-Franuscha sprach ebenfalls über den Zolltarif und die Handelsverträge. Es sei ja zuzugeben, daß man mit dem neuen Zolltarif zu besseren Handelsverträgen gelangen könne als mit dem alten, aber es müsse richtig vorgegangen werden. Dr. Diederich Hahn teilte schließlich mit, daß Hr. v. Wangenheim und Köstke wieder auf fünf Jahre zu Vorsitzenden des Bundes gewählt seien.

Empfinden die Herren Hahn und Genossen wirklich nicht, wie sie sich und ihre Sache mit solchen Redensarten bloßstellen?

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 9. Februar.

Staatssekretär Graf Rosjadowitz: Der Reichsfinanzminister hat seine sozialpolitische Auffassung klargelegt und ich werde mich in meinem Bericht bemühen, die Zustimmung der Verbündeten Regierungen zu dieser Auffassung zu gewinnen. Das französische System des Arbeiterjahres in den einzelnen Gewerben verfolgen wir für die jugendlichen Arbeiter. Ferner sind wir beschäftigt, die Bestimmungen der Konfektionsverordnung auch auf die Arbeiter in Ranggeschäften auszuweiten. Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Konfektion hat leider, das hat sich aus den Gutachten der Verbündeten Regierungen ergeben, ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Die Verbündeten Regierungen sind der Ansicht, das Ziel an sich muß erreicht werden. Sie sind verschiedener Ansicht über den Weg zum Ziel. Die Stellung der Verbündeten Regierungen zu den Initiativanträgen kenne ich nicht. Nur zu der Frage des Verbots der Mitgabe von Arbeit nach Hause an jugendliche Ar-

beiter will ich mich äußern. So gut der Antrag gemeint ist, ausführbar wird er kaum sein. Ueber den Befähigungsnachweis der Bauhandwerker haben wir ja eine Enquete beantragt. Derselbe Fragebogen ist den Handwerkerkammern und den Verbündeten Regierungen zugestellt worden. Es hat sich aber gezeigt, daß eine große Anzahl von Innungsverbänden die Fragebogen ausgefüllt haben nach einem ihnen von dem Zentralverband deutscher Bauwerksmeister vorgelegten Formular. Die Antworten hatten zu einem großen Teil denselben Wortlaut. Ja, meine Herren, das ist nicht der Zweck einer Enquete. Die Invalidenversicherung der Privatbeamten ist ja bereits geregelt. Die unter 2000 M. Einkommen sind zwangsversichert, die anderen können sich freiwillig versichern. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben nicht Gesetzesvorschläge zu machen, sondern über ihre amtliche Tätigkeit Bericht zu erstatten, das heißt über die Tatsachen, die sie bei ihren Inspektionen wahrgenommen haben. Es liegt viel mehr im Interesse der Arbeiter, nicht daß die Aufsichtsbeamten in ihrem Bureau sozialpolitische Erörterungen anstellen, sondern daß sie möglichst oft in die Fabriken gehen und feststellen, ob die in diesen getroffenen Einrichtungen den im Interesse von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit erlassenen Anordnungen entsprechen. Wo die Arbeiter in gesetzlichen Formen ihre Berufsinteressen vertreten, müssen sie auch volles Gehör finden. Ich habe deshalb auch keinen Anstand genommen, zum Gewerkschaftskongress einen Vertreter zu schicken und mit meiner Zustimmung ist das staatliche Amt mit den Gewerkschaften in Verbindung getreten, um Material zu gewinnen, das für die Beurteilung des Arbeitsmarktes wertvoll ist und verwendet werden soll in der Zeitschrift, die seinerzeit erscheinen soll. Eine Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bleifabriken wird in nächster Zeit dem Bundesrat zugehen, auch über die Bleihütten ist eine solche in Angriff genommen. Wenn ich von dem gesprochen habe, was nicht mehr zu beleben sei, habe ich an den Einfluß der Innungen gedacht, wie er dem Abg. Dr. Vertel vorliegt. Die Innungen haben eine glänzende Geschichte, aber früher waren das politische Körperchaften. Sie führten das Stadtr Regiment und da konnten sie eine ganz andere Rolle spielen, und das ist mit modernen Verhältnissen nicht mehr vereinbar. Wo es sich um handwerksmäßige Gegenstände handelt, die mit der Hand gefertigt werden können, da ist das Handwerk lebensfähig. Aber es gehört dazu tüchtige Vorbildung der Handwerker, Organisation des Genossenschaftswesens und dann, daß man den Leuten eine mechanische Kraft ins Haus gibt. Von einer Zentralstelle in Genf wird in die kleinste Handwerksstube elektrische Kraft geliefert. Ich habe in Notenburg a. d. Rauer gesehen, daß da mit Hilfe der Stadt von einem Tischlermeister eine Meisterwerkstätte aufgeschlagen war, in der die allernuesten Holzarbeiten mit elektrischen Maschinen hergestellt werden. Die sächsische Einkommensteuer weist eine Steigerung des Einkommens gegenüber der Zahl der Bevölkerung um das Drei- und Vierfache nach; das beweist doch schlagend, daß der Wohlstand der Klassen, die wir unter Mittelstand verstehen, erheblich gestiegen ist. Der Mittelstand ist allerdings vielfach in abhängiger Stellung, aber sein Einkommen ist größer geworden. Auf dem Gebiet des unlauteren Wettbewerbs muß man, wenn man weiter gehen will, Erfahrungen sammeln. Wir haben Anordnungen erlassen, das Gesetz mit möglicher Schärfe auszuführen, und es ist möglich, daß wir weiter gehen. Der Staatssekretär erwidert auf den Schluß der Würmischen Rede: Zwischen Besitz und Besitzlosen gibt es nur ein Hüben und Drüben, Klafft ein Abgrund. Ich bezweifle, daß irgend eine Gesellschaftsordnung der Welt erlassen werden könnte, die den Unterschied im Besitz ausgleichen könnte. Intelligente und unintelligente, sparsame und fleißige Menschen können wir nicht ändern. Aber jede Moral, jede Religion lehrt, daß es Pflicht der Besitzenden ist, Opfer zu Gunsten der Besitzlosen zu bringen. Wir leben in der Zeit der sozialen Frage; seit der großen Kaiserlichen Wertschätzung hat der Staat andere Wege eingeschlagen als früher, und mögen die Sozialdemokraten das, was der Staat geleistet hat, als groß oder klein ansehen, auch sie werden nicht leugnen können, daß seit der Kaiserlichen Wertschätzung das Gefühl und Verständnis für die Not der unteren Klassen bei den Besitzenden Klassen ganz ungebener gewachsen ist.

Abg. Seyl zu Herrnsheim befürwortet seine Resolution für eine zehntägige Arbeitszeit für junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren, sowie für Arbeiterinnen. Was das Bedenken des Staatssekretärs gegen den nunmehr beantragten neuen Paragraphen anbetreffe, daß jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden darf, möchte er doch bemerken, daß eine Umgehung des Verbots unter Strafe gestellt werden solle. Das Verbot lasse sich allerdings nicht durchführen, ohne eine genaue Abgrenzung der Heimarbeit durch ein demnachst zu erlassendes Gesetz. Aus diesem Zusammenhang lege er auch auf den bezüglichen Teil seines Antrages das größte Gewicht.

Abg. Erüger (frei. Volksp.) wendet sich gegen den Abg. Trimbom und die Erwartungen des Zentrums bezüglich der Schaffung einer Witwen- und Waisenversicherung aus dem Zolltarif. Redner erklärt sich mit den sozialpolitischen Forderungen des Abg. Köstke einverstanden. Auf eine Arbeitslosenversicherung könne man nicht eher eingehen, als bis man ein bestimmtes Ziel vor Augen habe und darin gingen die Ansichten noch weit auseinander. Der Redner empfiehlt im Verlaufe seiner längeren Ausführungen die Heranziehung von Arbeitern zur Unterstützung der Gewerbeaufsichtsbeamten. Die offiziellen Publikationsorgane der Handwerkskammern möchten sich doch weniger einseitig äußern und das Aufsichtsamt für Privatversicherungen möge schneller arbeiten. Insbesondere kritisiert Redner eingehend die Bundesratsverordnung, betreffend das Gastwirts-gewerbe, die mit Recht unter den Interessenten starkes Mißfallen hervorgerufen habe. Zum Schluß polemisiert Abg. Erüger gegen die sozialdemokratischen Anträge.

Abg. v. Nischhofen-Damsdorf (kons.) führt aus: Wir werden am Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung unent-

wagt weiterarbeiten und hoffen, daß der neue Reichstag, den man ja Nobellenreichstag genannt hat, sich auch mit der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zu beschäftigen haben wird. Nur möchte ich warnen, über die Vorschläge des Bundesrats hinauszugehen und alle möglichen Fragen, wie Verletzungs- und Rentenversicherung gestalten wird, können wir nicht absehen, so lange die finanziellen Unterlagen fehlen. Es wird uns freuen, wenn wir nach den neuen Handelsverträgen und den Ergebnissen des Zolltarifs mehr tun können, als wir beabsichtigen.

Abg. Salisch (konf.) weist auf die große Verschwendung hin, die bei den Bauten der Alters- und Invaliditätsanstalten getrieben wird. Namentlich hier in Berlin sei dies der Fall. Hierauf verlegt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Rißler über Kriegsveteranen, Fortsetzung der heutigen Beratung. — Schluß halb 6 Uhr.

Berlin, 10. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident Graf Ballestrem eröffnet um 1 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Rißler (konf.) wegen der Gewährung von Beihilfen an die Teilnehmer der deutschen Feldzüge. Auf eine Frage des Präsidenten erklärt Staatssekretär v. Thielmann sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation nimmt Abg. Rißler (konf.) das Wort und führt aus: „Ich glaube, daß die Beihilfen von 120 M. eine wesentliche Unterstützung für bedürftige Veteranen ist. Viele tausend von Veteranen erhalten die Beihilfen nicht, weil die vollständige Erwerbsunfähigkeit durch das Gesetz gefordert wird. Die Veteranen haben das Recht zu fordern, daß sie einfach nicht mehr als Aschenbrödel behandelt werden. Wichtiger als unsere ganze Kolonialpolitik sei diese Frage des Ehrensolbes. Redner kann der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich auf diesem Gebiet immer erst vorwärts schieben läßt.

Staatssekretär v. Thielmann: Der Invalidenfond werde in wenigen Jahren aufgezehrt sein, frühestens 1908, spätestens 1910; die Ausgaben für die Invaliden werden dann auf den ordentlichen Etat übernommen werden müssen. Für das Jahr 1908 sind 9 Millionen für die Veteranen ausgeworfen worden, wovon 75 000 Veteranen ihre 120 M. erhalten können. Was er tun könne, daß den berechtigten Anwärtern 10 M. monatlich ausgezahlt werden, das werde geschehen. Die Zahl der Veteranen sei fortwährenden Veränderungen unterworfen. Eine Rundfrage bei den Bundesregierungen habe ergeben, daß die Löhne, die Erwerbsfähigkeit und Erwerbsmöglichkeiten der etwa vorhandenen 600 000 Kriegsteilnehmer sich auch nicht annähernd abschätzen lasse, so daß man nicht angeben könne, wie viel unter die Resolution fallen würden. Der Antrag Rißler sei kein dankbarer Weg.

Das Haus tritt sodann in die Besprechung der Interpellation ein.

Zur Zuckerfrage.

± London, 9. Februar.

Der offizielle „finanzielle Agent der russischen Regierung“ in London, Tatitschew, hat sich über die Frage der Einführung von Retorsionszöllen seitens Englands auf russischen Zucker geäußert. Zwischen der russischen und der englischen Regierung bestehe, seinen Erklärungen zufolge, in dieser Beziehung eine solche Meinungsverschiedenheit, daß eine Einigung als ausgeschlossen erscheinen müsse. Der Zuckereport aus Rußland nach England sei freilich an sich von keinem großen Belang, so daß die Retorsionszölle Rußlands Handel keinen schweren Schlag versetzen würden. Aber es handle sich nicht um den Umfang des Objekts, sondern um das Prinzip. Die Frage sei schon einmal unter dem Kabinett Gladstone aufgetaucht, und die Ratgeber der englischen Krone hätten damals erklärt, Retorsionszölle liefen den Bestimmungen des russisch-englischen Handelsvertrages zuwider. Seit jener Zeit scheine jedoch eine andere Auffassung zum Durchbruch gelangt zu sein; sei doch sogar im Unterhause seitens verschiedener Minister die Erklärung abgegeben worden, daß sich die Verhältnisse seit der Unterzeichnung des Vertrages geändert hätten. Aber darum blieben doch, wie Herr Tatitschew betonte, die durch den Vertrag erlangten Rechte bestehen, und die russische Regierung stehe fest auf dieser Basis. Wenn Retorsionszölle eingeführt werden sollten, so werde es gar nicht erst nötig sein, den Vertrag zu kündigen. Sobald man irgend eine Sendung russischen Zuckers in einem britischen Hafen einem Retorsionszoll unterwirft, werde dadurch der zwischen beiden Ländern geschlossene Handelsvertrag durchbrochen. Eine derartige Vertragsverletzung bedeute so viel, wie eine Kündigung, und der Vertrag werde dann auch Rußland nicht länger binden. Es sei vielleicht noch nicht bestimmt, was die russische Regierung in einem solchen Falle tun werde, aber es werde kaum nötig sein, Wiederergeltungszölle auf einzuführende britische Waren zu legen. Es würden einfach die gewöhnlichen Zölle in Kraft treten, welche schon eine Erhöhung der Vertragszölle um 40 bis 50 Prozent bedeuten. Das werde für die britischen Kaufleute einen enormen Nachteil gegenüber den für alle anderen Länder Europas geltenden Zöllen bilden. Bezüglich vieler Klassen von Waren würde dies geradezu prohibitiv wirken, darunter auch bei solchen, hinsichtlich welcher jetzt zwischen deutschen und englischen Industriellen ein starker Wettbewerb stattfindet. Diese Äußerungen

finden in englischen Regierungskreisen die ernsteste Beachtung, da doch nicht anzunehmen ist, daß Tatitschew ohne spezielle Ermächtigung des Finanzministers v. Witte in dieser Weise gesprochen haben sollte.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 10. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag von 11 Uhr an den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo entgegen. Um halb 1 Uhr empfing Seine königliche Hoheit den Generalleutnant von Benedendorff und von Hindenburg, beauftragt mit Führung des IV. Armeekorps, welcher sich abmeldete und für seine Deforierung dankte.

Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit den Vortrag des Majors von Boyna und später denjenigen des Legationsrats Dr. Seyb.

** Am 10. d. M. ist der Güterzug 786 bei der Einfahrt in den Bahnhof Forzheim aus bis jetzt noch unbekannter Ursache mit 10 Wagen entgleist. Verletzt wurde niemand; der Materialschaden ist mäßig. Bis 2 Uhr nachmittags mußte der Betrieb zwischen Forzheim und Sprengen eingeleistet geführt werden.

(Großherzogliches Hoftheater.) Richard Wagners leidenschaftlich durchleuchtetes Drama „Tristan und Isolde“ konnte nach längerer Ruhepause am Sonntag wieder eine glänzende Aufführung feiern. Mit begeisterungserfüllter Hingabe und Liebe hatte Generalmusikdirektor Motil es verstanden, seiner stürm- und wetterfesten Künstlerbesatzung im Orchester das Beste seiner genialen Künstlerkraft zur stillen Durchführung des wunderbaren Werkes zu übermitteln, und die in äußerst glücklicher Wahl vereinigten Vertreter der Handlung für die Bedeutung ihrer Aufgabe auf geistvolle Weise zu inspirieren. So ward uns eine Darbietung gebracht, um deren Glanz uns manche sieg- und ruhmgecruhten Bühnen beneiden dürfte, und welche der Geschichte unserer Oper mit leuchtenden Letztern eingereiht zu werden verdient. Die glühvolle Sprache der Tristanmusik ist die ureigenste, treueste Seelenoffenbarung des Meisters. Die verzweifeltsten Umstände seines damaligen persönlichen Lebens, mit welchen er zurzeit der Tristanabspaltung zu kämpfen hatte, überließen seine Stimmung einer verzehrenden Traurigkeit; dieses nagende Schmerzgefühl, das in stiller Resignation die edelste Erbarmlichkeit über die Tragik des Schicksals fundiert, dann wieder in leidenschaftlich nachfolgendem Ausbruch stürmisch nach erschütternder Verweigerung ringt, führt den Meister zu den gesonderten Wegen einer echten, tief und wahr empfindenden, demnach auch wahr und sinnvoll wirkenden Gefühlsprache, wie wir sie bei keinem seiner anderen Werke in gleich überwältigender Wirkung zu bewundern Gelegenheit finden. — Mit ganz ausgezeichnetem Erfolg gab Herr Remond den „Tristan“. Sein entscheidendes seines Verständnisses für den Geist der Aufgabe, und die unvergleichbare Quelle seines frischen, kräftigen und geschmeidigen Organs waren ihm treueste Genossen im Kampf mit den fast unüberwindlich scheinenden musikalischen Schwierigkeiten dieser mit Recht gefürchteten Partie. Eine sehr tüchtige „Isolde“ war Fräulein Jähndner, stimmlich kraftvoll und energisch überwand sie die Strapazen der beiden ersten Akte mit bewundernswürdiger Ausdauer, nur im letzten Akte wollte das Organ nicht mehr völlig Gehorsam leisten. Zu viel Duft und Säusel verführte die Künstlerin noch an die garten Stellen ihrer Partie, hier wäre eine belebtere Schattierung der Klangfarben schon angebracht. Auch das Spiel könnte noch mehr geistiges Leben und Verfeinerung in der Ausgestaltung ertragen, immerhin erschiebt aber das als erste Creierung Dargebotene höchst anerkennenswert. In wirklich idealer gefanglicher Reproduktion wußte Fräulein Ethofer die „Brangäne“ zu geben. Die Würdigung der reichen Begabung der Künstlerin gereicht uns insofern zu besonderer Freude, als sie von jenen wenigen ist, welche ihre Fähigkeiten in den erhabenden, heutzutage leider nur noch sehr selten begehrten Dienst der edlen, einzig wahren Gesangskunst stellen. Vortrefflich eignete sich Herr Kellers Organ für den König Marke, welchen er auch darstellerisch mit Würde und Würde zu verkörpern wußte. Eine kernige, wohlgeorgene Vertretung des „Kurwenal“ bot Herr Büttner, tapfer und fest, ein tüchtiger Kämpfer im musikalischen Feld. Auch die Besetzung der kleineren Parts: „Melot“ (Herr Busard), ein Hirt (Herr Bauli), Steuermann (Herr Haag), Stimme eines jungen Seemanns (Herr Rosenberger), war eine dem genannten Ensemble völlig würdige.

(Der Bürgerauschuss) genehmigte in seiner gestrigen Sitzung das Anlehen von 10 Millionen Mark mit der Maßnahme, daß ein Teil desselben schon vom Jahre 1894 an getilgt wird, und zwar werden von dem genannten Jahre an 45 000 M. für daselbe als Wirtschaftsmittel entnommen werden. In der Debatte bemerkte Oberbürgermeister Schuchler, daß der diesjährige städtische Voranschlag mit einer namhaften Erhöhung der Umlage, und zwar von etwa 8 1/2 Pf. abschließen werde. Damit würde die Umlage die Höhe von 51 1/2 Pf. erreichen. Für die nächsten Jahre müsse die entscheidende Lösung: Sparen sein. — Bei der Eröffnung eines Mitglieds des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten wurde mit Amtsdauer bis nach den nächsten regelmäßigen Erneuerungswahlen Herr Stadtverordneter Karl Moninger gewählt.

Bei der durch den Bürgerauschuss vorgenommenen Wahl eines Stellvertreters für den verstorbenen Stadtverordneten Karl Augenstein wurde mit Amtsdauer bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Bürgerauschusses Herr Karl Peter, Bankdirektor, gewählt. — Bei der durch den Bürgerauschuss vorgenommenen Erneuerungswahl in den Verwaltungsrat des Waisenhauses wurden gewählt mit sechsmonatiger Amtsdauer: Stadtrat Friedrich Wilh. Döring, Direktor Wilhelm Fündh, Stadtrat Friedrich Ganter, Oberrechnungsrat Karl Kirsch und Kaufmann Heinrich Dertel.

V.K. (Vereinsbank Karlsruhe, e. G. m. u. S.) Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der demnächst einzuberufenden Generalversammlung die Gewährung einer Dividende von 7 Proz. wie im Vorjahre vorzuschlagen.

(Verein Volksbildung.) Am kommenden Sonntag findet im Großherzoglichen Hoftheater eine Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt Björnson's Björnstjerne's fünfaktiges Schauspiel „Ein Fallisement“. Die Eintrittskarten für die persönlichen Mitglieder des Vereins werden am Mittwoch Abend um 8 Uhr im „Goldenen Adler“, Karl Friedr. Straß, ausgegeben. Für die Mitglieder der dem Volksbildungsverein angehörenden Korporationen findet die Kartenausgabe am Donnerstag Abend um 8 Uhr statt.

* (Allgemeine Volksbibliothek.) Vom 26. Januar bis 1. Februar 1903 wurden an 734 Besucher 966 Bände ausgeliehen.

(Von Herrn Hauptmann Freiherrn von Mehren-Hohenberg), dessen anmutige Kompositionen auch in Karlsruhe bekannt und geschätzt sind, ist vor einigen Tagen am Gothaer Hoftheater das Liedspiel „Der Herr Meister“ zur ersten Aufführung gelangt, die sich sehr erfolgreich gestaltete. Die „Gothaer Ztg.“ schreibt u. a.: „Der flotte Spielmann weiß ganz ausgezeichnet zu unterhalten, daß der Zuhörer sich mit hohem Genuß daran erfreute und mit viel Vergnügen den Entwicklungen auf der Bühne und ihrer musikalischen Illustration folgte. Der Gesamteindruck war so vortrefflich, daß lebhafter Beifall nicht fehlte. Hauptsächlich erfreute das liebenswürdige Werk noch öfters ein für so viel Humor und gute Laune recht empfängliches Publikum.“

(Sitzung der Strafkammer III vom 6. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Groch. — Wegen Beledigung war die Zimmermeisterin Frau Martina Schwan aus Hördon angeklagt. Die Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt. — Das Schöffengericht Baden bestrafte am 23. Dezember den in Nienthal wohnhaften Tagelöhner Jordan Müller aus Seebach wegen Beledigung mit 6 Wochen Gefängnis. Müller legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Der Gerichtshof verwarf dieselbe hinsichtlich der Strafhöhe, sprach jedoch die Verurteilung nur nach § 186 R. St. G. B. aus. — Vom Schöffengericht Nafstat war der Kaufmann Jakob Mayer aus Germersheim, wohnhaft in Nafstat, von der Anklage wegen Vergehens gegen das Patentrecht freigesprochen worden. Gegen diese Entscheidung legte die Großh. Staatsanwaltschaft die Berufung ein. Derselben wurde stattgegeben. Mayer wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. — In der Anklage gegen den Müllermeister Emil Scherer aus Berg, der am 19. November auf der Straße zwischen Steinmauern und Rittersdorf mit einem von ihm gelenkten Fuhrwerke eine Telegraphenstange umfuhr, erkannte das Gericht wegen fahrlässiger Gefährdung einer Telegraphenanlage auf 20 M. Geldstrafe. — Wegen Diebstahls im Rückfall wurde der Tagelöhner Martin Gabelmaier aus Seimstetten mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern nachmittag 2 Uhr fiel Edele Karl Friedrichs und Kriegstrafe ein Telephonkabel der Linie Karlsruhe-Dummersheim auf die Leitung der elektrischen Straßenbahn, wodurch infolge zu starken Stroms mehrere Teile des Telephonapparates im hiesigen Lokalbahnhof verbrannten. Die Verbindung wurde alsbald wieder ordnungsgemäß hergestellt.

C.-B.f.M.u.H. (Schnelbeobachtungen.) In der verfloffenen Woche hat der in der Höhe liegende Schnee zuerst etwas aus, dann infolge von milder Witterung wieder abgenommen. Am Morgen des 7. Februars (Samstag) sind gemessen worden in Furtwangen 4, in Dürreim 5, in Stetten a. M. 3, in Heiligenberg 4, in Jollhus 9, beim Feldbergerhof 60, in Litzlee 18, in Bonndorf 9, in Höfenbach 10, in Bernau 9, in Gersbach 8, in Todtnau 18, in Heubronn 6, in St. Märgen 15, in Kniebis 5 und in Herrenwies 3 Centimeter.

† Vom Oberland, 10. Febr. In Schopfheim starb der dortige katholische Stadtpfarrer, Dr. Arthur Steinam, dessen irdische Lebersteine letzten Donnerstag unter großer Beteiligung zu Grabe geleitet wurden. Der Verstorbene erreichte nur ein Alter von 48 Jahren und 5 Monaten. In Ueberlingen gebürtig, machte er seine Studien mit Auszeichnung zu Innsbruck und München. Im Jahre 1879 wurde er zum Priester geweiht; er wirkte sodann 10 Jahre als Vikar in Mannheim. Hierauf kam er als Pfarrverweser und Nachfolger des damaligen Pfarrers, des jetzigen Erzbischofs Dr. Thomas Wörber, nach Nienthal und ein Jahr darauf erhielt er seine Berufung nach Schopfheim. — Die Fennel-Sparfasse in Zell. Wiesental hat auch für das abgelaufene Jahr wieder recht erfreuliche Ergebnisse zu verzeichnen gehabt. Mit ihren 17 Sammelstellen wurden im vergangenen Jahre durch Sparmarken zu 10 Pf. 1379 M. geparkt. Im Jahre 1901 waren es 1110 M.; mithin ist ein erfreulicher Fortschritt zu konstatieren. — Aus den in letzter Zeit vielfach bekannt gegebenen Jahresberichten der verschiedenen Militär- und Soldatenvereine der Gegend konnte die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß die betreffenden Vereine unablässig bestrebt sind, neben der Pflege edler Kameradschaft und Vaterlandsliebe in fruchtigster Weise auch für das leibliche Wohl ihrer Mitglieder einzutreten, und zu diesem Zwecke in umfassender Weise für notleidende und erkrankte Angehörige bedeutende Geldmittel zu Unterstüßungen herauszugeben. Es ist nicht schwer, zu erkennen, wie segensreich diese Vereine auch in dieser Beziehung wirken können und welche ausgedehnte Feld ihnen für eine solche Wirksamkeit offen steht.

† Vom Oberrhein, 9. Febr. Im Rathaus zu Singen hielt die freiwillige Fischereigenossenschaft der Segauer nach jüngst ihre Generalversammlung ab. Erschienen waren die Herren Geh. Regierungsrat Dr. Groch und Hofmeister Gülich-Konstanz, sowie Herr Oberamtmann Dörle von Engen. Vertreten waren die Gemeinden: Aach, Singen, Rielafingen, Aalen, Wörlingen und Hohligen. Statt 30 000 Stück Brut konnten im letzten Jahre nur 23 500 eingesetzt werden. Man sprach sich dahin aus, einmüßiger Fische haark der Brut zu wählen. Hofmeister Gülich war der Ansicht, man solle die größeren und teureren Fische wählen, da solche schneller wachsen. Man möge sich bei der staatlichen Fischbrutanstalt Gengenach (Hofstamm Gengenach) wegen des Bezuges solcher Einsetzlinge erkundigen, aber keine Regenbogenforellen bestellen, da diese in den See auszuwandern. Für 1903 sollen wieder 30 000 Stück Brut und 300 Einmüßiger eingesetzt werden. — Das Getreidelagerhaus Riedöschingen hat sein erstes Geschäftsjahr gut abgeschlossen. Der Kaufumsatz einschließlich der Kosten des Banens betrug 210 057.81 M. Die Bilanz ergibt Aktiva 51 675.70 M., Passiva 50 204.32 M., bleibt ein Reingewinn von 1471.33 M. An Getreide, einschließlich Samen, wurden 422 515 Hilo eingeliefert. Der Umsatz in Getreide betrug 126 899.76 M., der Umsatz in Dünger und Futtermitteln 9254.45 M. Das Getreidelagerhaus Riedöschingen am Rande zählt zurzeit 166 Mitglieder. Das Ergebnis des ersten Geschäftsjahres wird das Vertrauen in das neue Unternehmen stärken.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Als gestern Abend ein Teilhaber der Tuchwarenfirma Rothfild & Oberländer in Mannheim nochmals das Badenlokal betrat, um seine Mustertafel zu holen, fand er die Türe von innen verriegelt. Die sofort herbeigeholte Polizei ergriff den früheren Hausbesitzer der im gleichen Hause befindlichen Wirtschaft von Guttschick beim Aufbrechen des Geldschrankes. Während nun dieser entkam, gelang es seinem Genossen, der mit einem Stenmetzen eben zurückkehrte, festzunehmen. — Im Friedhofspark in Mannheim fand man gestern früh die Leiche eines Genesensdiers der 9. Kompagnie des 110. Regiments, der im ersten Jahre diente. Das Motiv der Tat soll ein verlorener Prozeß (800 Mark) sein. — In Rettighaus (Amt Wiesloch) brannte dieser Tage Scheune und Wohnhaus des Gemeindevorstandes Wegger, sowie das Wohnhaus der Witwe Vincenz Wegger nieder. Das Vieh konnte gerettet werden, Vorräte und Kleider verbrannten.

In demselben Abend, unmittelbar darauf, brach Feuer in dem Eintreten des Leander Hamann aus, das so rasch um sich griff, daß die Bewohner nur noch das nackte Leben retten konnten. Auch das Vieh konnte nur mit knapper Not geborgen werden. Man vermutet Brandstiftung. — Nach dem Hauptvoranschlag für 1903 soll in diesem Jahre in Pforzheim eine Erhöhung des Umlagefußes von 45 auf 48 Pf. pro 100 M. Steuerkapital stattfinden. — Der bekannte Luftkurort und Gasthof zur „Luisenhöhe“ bei Freiburg wurde, wie der „Freiburger Bote“ meldet, vom Eigentümer, Herrn Wille, zum Preise von 125 000 M. an einen Pforzheimer Gastwirt verkauft.

Aus dem französischen Parlament. (Telegramme.)

Paris, 9. Febr. Deputiertenkammer. Das Haus nimmt die Beratung des Finanzgesetzes wieder auf. Nach langer Debatte über Artikel 8, welcher die von französischen wie von solchen ausländischer Versicherungsgesellschaften, die einen oder mehrere Vertreter in Frankreich haben, in Ausführung der Leihrentenverträge gezahlten Zinsen einer vierprozentigen Steuer unterwerfen will, beantragt Mirman (unabhängiger Sozialist), einen Unterschied zwischen französischen und ausländischen Gesellschaften zu machen. Der Finanzminister widerspricht einer solchen Maßregel, welche ein Defizit im Budget mit sich bringen würde, und für deren Folgen er nicht die Verantwortung übernehmen könne. Hierauf wird der Antrag Mirman mit 302 gegen 251 Stimmen abgelehnt.

Paris, 10. Febr. Die nationalistische „Libre Parole“ will wissen, daß Laurès anlässlich der Rede, die er in der nächsten Woche über die Wiederaufnahme der Dreifus-Angelegenheit halten will, einen Antrag auf Einführung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die aus 33 Mitgliedern bestehen soll, stellen wird. Diese Kommission soll durchaus selbständig vorgehen und alle ihr wichtig erscheinende Zeugen, so z. B. die Mitglieder des Renner Kriegsgerichts, vernehmen.

Paris, 10. Febr. Der Kriegsminister unterfragte alle Offiziere und Beamten des Kriegsministeriums jedwede Mitteilung, welcher Art sie auch sei, bezüglich der gegenwärtig von der Presse in der Dreifus-Angelegenheit gebrachten Polemik.

Paris, 10. Febr. Der Ackerbauminister wird demnächst in der Kammer eine Vorlage einbringen, nach der auf ausländischen Hopfen ein Einfuhrzoll von 87/100 Francs für 100 Kilogramm gelegt werden soll.

Die marokkanische Frage. (Telegramme.)

Tanger, 9. Febr. Der Prätendent erhielt von der Grenze Sabaras her Verstärkungen, welche von den Söhnen Butennas befehligt werden. Die italienische Militärmission, welche mit der Herstellung von Waffen betraut wurde, kehrt nach Fez zurück.

Der Konflikt mit Venezuela (Telegramme.)

Washington, 9. Febr. Bowen stattete gestern dem englischen Votschaffer Herbert einen Besuch ab, um zunächst in das englische Protokoll Einsicht zu nehmen, dem er bis auf wenige Einzelheiten zustimmte. Später von Sternburg und der italienische Votschaffer des Planches hatten ebenfalls eine Besprechung mit Bowen. Der Vertreter Italiens ersuchte um Aufnahme eines Artikels in das Protokoll, betreffend Aenderung des Freundschaftsvertrages zwischen Italien und Venezuela in dem Sinne, daß Italien die Meistbegünstigungsklausel, ähnlich wie sie die übrigen Mächte besitzen, gewährt werde. Bowen erklärte sich bereit, seinen Einfluß hierzu zu gebrauchen, erhob jedoch Einwände gegen mehrere Bestimmungen des italienischen Protokolls. Der italienische Votschaffer berichtete über die Angelegenheit nach Rom. In dem deutschen Protokoll wurden mehrere Aenderungen vorgenommen.

London, 10. Febr. Das Reuterbureau erfährt, die Unterhandlungen zwischen Bowen und den Vertretern der Verbündeten sind noch immer im Fortgang begriffen, doch erwartet man, daß sie bald zum Abschluß kommen werden. Die bezüglich der an die drei Mächte von Venezuela zu erziehenden baren Zahlung verlaute, beziehen sich dieselben nur auf Forderungen erster Ordnung, welche, soweit Deutschland und England in Betracht kommen, schon näher bezeichnet sind, während, soweit Italien in Betracht kommt, dieselben noch näher festzustellen sind. Die drei Mächte fahren fort, in voller Uebereinstimmung vorzugehen.

Caracas, 9. Febr. 1500 Aufständische vertrieben den Vizegouverneur Rio Chico. Heute morgen sind 2000 Mann mit zwei Kanonen, unter dem Befehl des Kriegsministers, aufgebrochen, um die Aufständischen anzugreifen und haben mittags Guatire genommen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Potsdam, 10. Febr. Seine Majestät der Kaiser hat mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Heinrich 12 Uhr 15 Min. die Rückfahrt nach Berlin angetreten.

Berlin, 9. Febr. Im Reichsjustizamt trat heute die vom Staatssekretär Lieberding einberufene Konferenz zur Reform der Strafprozessordnung zusammen. Die Verhandlungen werden vertraulich geführt.

Schleswig, 10. Febr. Bei der Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Schleswig-Eckernförde wurden bisher gezählt für Spetmann (frei. Volksp.) 3252, für Hoffmann (Soz.) 2317 Stimmen.

Dresden, 10. Febr. Der gestrige Tag verlief bei dem Prinzen Johann Christian ruhig und ohne Störung. Auch in der vergangenen Nacht hat der Prinz viele Stunden schliefen. Der Kranke nimmt an allen Vorgängen in seiner Umgebung regen Anteil. Die Temperatur hatte dieselbe Ermäßigung wie am gestrigen Tage.

Genf, 10. Febr. Die „Schweizerische Depeschagentur“ meldet: Nach zuverlässigen Informationen soll eine Verschönerung der auf den 11. Februar angelegten Verhandlung im Eheprozeß der Kronprinzessin Louise möglich sein. Ferner wird berichtet, Leopold Wölfling stehe in keinerlei Beziehung zu den Entschuldigungen der Prinzessin Louise und Girons. Es sei ihm gestattet worden, seine Schwägerin in La Metairie zu besuchen. Von La Metairie trafen gestern günstige Berichte ein.

Wien, 10. Febr. Eine Brüsseler Depesche des „Freundenblattes“ meldet: Girons erhielt gestern nachstehende Depesche der Kronprinzessin Louise: „Je suis très désespérée entré Sanatorium Flore.“

Wien, 10. Febr. Die Großherzogin von Toscana ist mit ihren Töchtern heute aus Salzburg eingetroffen und in der Hofburg abgestiegen.

Wien, 10. Febr. Das „Freundenblatt“ meldet: In den vorgestern und gestern stattgefundenen Konferenzen über die Rentenkonzession wurde von den Vertretern der Rothschildgruppe und der übrigen Finanzinstitute dem Finanzministerium eingehend Aufschluß erteilt über die Details der verschiedenen Modalitäten der Rentenkonzession. Aller Wahrscheinlichkeit nach, wird der Finanzminister die definitive Entscheidung erst nach der parlamentarischen Erledigung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Rentenkonzession, treffen.

Paris, 9. Febr. Der „Temps“ erklärt, daß zwischen dem Regus Weneit und dem französischen Gesandten Lagarde eine bedauerliche Spannung bestehe, die sich in letzter Zeit noch verschärft, und daß darunter die letzten Verhandlungen gelitten hätten.

Rom, 10. Febr. Seine Majestät der König beauftragte den Marineminister mit der einstweiligen Leitung des Ministeriums des Meeres.

Kopenhagen, 10. Febr. Das auswärts verbreitete Gerücht von der Wiederaufnahme der Frage des Verkaufs der dänisch-westindischen Inseln seitens der dänischen Regierungspartei, ist, Mikas Bureau zufolge, unbegründet.

London, 10. Febr. Ihre Majestäten der König und die Königin sind, von Windsor kommend, gestern hier eingetroffen.

Belgrad, 9. Febr. Nach dem Berichte des von der letzten Stupitsina eingeleiteten parlamentarischen Ausschusses beträgt jetzt die gesamte konsolidierte Schuld Serbiens mit Inbegriff der neuen 60 Millionen-Anleihe 477 261 182 Francs nominal, ohne Rücksicht auf die bisherigen Tilgungen. Die gesamte schwebende Schuld betrug am 1. Mai 1902 zusammen 36 748 055 Francs. Von diesem Betrage sind seither an 6 Millionen getilgt worden.

Konstantinopel, 10. Febr. Die vom Pariser „Figaro“ veröffentlichten Angaben über türkische Mobilisationsmaßnahmen sind erfinden. In der Gegend von Serres, wo es an Kavallerie fehlt, sollen auf Befehl des Sultans zwei Reiter-Regimenter neugebildet werden. Mobil gemacht ist aber nicht ein einziger türkischer Truppenteil.

Konstantinopel, 10. Febr. Die Urheber des Attentats auf den armenischen Patriarchen, Osmanian, der Apothekerlehrling Agop Kaschakin und sein entfloherer Mitstreiter Agos Kaprielian wurden zum Tode verurteilt. Von den übrigen vier Mitangeklagten wurden zwei zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Diese vier Angeklagten sagten aus, daß die Absicht bestanden habe, durch Drohungen von armenischen Notabeln Geld zu erpressen. Sie stellen jede Beziehung zu dem auswärtigen Komitee in Abrede.

Cairo, 10. Febr. Die Arbeiter und die Wäckertraten in den Auslands. Die Eisenbahnarbeiter werden sich ihnen anschließen.

Manila, 10. Febr. Eine aus 100 Mann bestehende Polizeitruppe stieß auf 200 Aufständische, die sich stark verschanzt hatten. Die Polizeitruppen verloren zwei Tote, darunter einen Offizier, sowie zwei Verwundete. Die herangezogenen Verstärkungen schlugen die Aufständischen, die 15 Tote verloren, in die Flucht.

Verschiedenes.

Berlin, 9. Febr. Auf Einladung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft fand heute zur Besprechung der Vertretung der deutschen Landwirtschaft bei der Weltausstellung in St. Louis 1904 eine Versammlung statt, in der nach einem Vortrag des Reichskommissars, Geh. Oberregierungsrat Lewald, eine Resolution gefaßt wurde, welche besagt: „Die Versammelten sind der Ansicht, daß eine möglichst reichhaltige Besichtigung der Ausstellung mit geeigneten landwirtschaftlichen Erzeugnissen im dringenden Interesse der deutschen Landwirtschaft liegt. Die Vergabe reichlicher Mittel für die Förderung der Ausstellung seitens des Reiches und der Einzelstaaten erscheint daher als durchaus gerechtfertigt. Die weitere Förderung dieser Angelegenheit, soweit rein landwirtschaftliche Interessen in Betracht kommen, dürfte am besten dem Direktorium der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu überlassen sein, welches sich zu diesem Zwecke mit dem Reichskommissar in Verbindung zu setzen hätte.“

Berlin, 9. Febr. In den heute hier und in München abgehaltenen Sitzungen des Ausschusses von Siemens und Halske, Aktiengesellschaft, und der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co. wurden die Anträge der Vorstände beider Gesellschaften genehmigt, welche die Begründung eines gemeinsamen Unternehmens in der Weise zum Gegenstand haben, daß beiderseits das Fabrikations- und Verkaufsgeschäft auf dem Gebiete des Starkstroms fortdurch das neue Unternehmen betrieben werden soll. Die Firma Schuckert bringt somit ihre gesamten Nürnberger Fabriken und die Firma Siemens u. Halske außer ihrem Charlottenburger Dynamowerk auch das Nabelwerk im Bestand in die Gemeinschaft. Die Form der Gesellschaft soll eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 90 Millionen Mark sein. Beiderseits wird das entsprechende Betriebskapital an Material, Fabrikaten und Außenstände zu ungefähr gleichen Einlagen aufgebracht und von der neuen Gesellschaft übernommen, unter Garantie seitens der Stammesgesellschaften und unter Ausschluß aller Effektenbeteiligungen, Unternehmungen und bestehenden Garantieverbindlichkeiten. Die zu begründende Gesellschaft, welche den Namen Siemens & Schuckert Werke, G. m. b. H., annimmt, soll mit dem 1. April 1903 in Tätigkeit treten, sofern die betreffenden Verträge durch die alsbald zu berufenden Generalversammlungen der Aktionäre ihre Genehmigung gefunden haben.

Berlin, 10. Febr. Am Samstag, spät abends, setzte ein bereits ermittelter Mensch den Inhalt eines Kellerschades in einem Hause der Großen Frankfurterstraße in Brand, um die Meldepolizei zu verdrängen. Nachdem der Brand gelöscht war, kam es zu schweren Ausschreitungen gegen die Schützmannschaft. Ein Polizeileutnant

wollte den allmählich auf 2000 Personen angewachsenen Auflauf zerstreuen lassen. Er wurde verhöhnt, beschimpft, tätlich angegriffen und zu Boden geworfen. Er zog die Waffe und befahl den anwesenden Schutzeinheiten, blank zu ziehen. In einem Einschreiten mit der Waffe kam es aber nicht, weil die Schutzeinheiten keinen Widerstand fanden. Der Polizeileutnant wurde nur durch das Eingreifen der Schutzeinheiten und einiger gutgefinneter Personen vor weiteren Tätlichkeiten geschützt. Im Handgemenge war ihm der Säbel entwunden worden, von dem er mehrfach Gebrauch gemacht hatte. Es ist festgestellt, daß er am Kopf und an beiden Händen mehrfach verletzt ist.

Westmünde, 10. Febr. (Telegr.) Der Dampfer „Geestemünde“ der Heringshochseefischerei Friedrich Albert, ist bisher von einer Panzerei nach Island nicht zurückgeführt, und wahrscheinlich mit der aus 12 Mann bestehenden Besatzung untergegangen. Die Zahl der in diesem Jahre verhollenen Fischdampfer der Westflotte ist damit auf vier gesunken.

Essen, 10. Febr. (Telegr.) Auf der Zeche „Zollverein“ ereignete sich eine schwere Dynamitexplosion. Der Schichtmeister wurde getötet, mehrere Bergleute erlitten Verwundungen.

Lemberg, 9. Febr. (Telegr.) In Ruth sind gestern 370 Privathäuser und mehrere öffentliche Gebäude durch eine Feuersbrunst zerstört worden. 500 Familien sind obdachlos und brotlos geworden.

New-York, 9. Febr. (Telegr.) Der hiesige Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus, Dr. Paul Sädide, ist gestern nach längerer Krankheit gestorben.

San Francisco, 9. Febr. (Telegr.) Das Unwetter auf den Gesellschaftsinseln wütete noch mehrere Tage nach dem 13. Januar. Die ersten Nachrichten wurden am 26. Januar vom Schooner „Eimeo“ nach Papeete gebracht. Am nächsten Tage traf der Dampfer „Ercellior“ mit 400 Ueberlebenden ebendasselbst ein. Der Kapitän schätzte den Verlust auf den Inseln Hao, Hihuro und Marafau allein auf 800 Personen. Auch 8 Weiber sind ertrunken. Der Sturm erstreckte sich bis Raitea, wo viel Schaden angerichtet ist, aber keine Menschen ungelommen sind. Man befürchtet, daß noch viele Ueberlebenden auf den Gesellschafts- und Paumotuinseln umkommen werden, ehe Nahrungsmittel, welche die französischen Behörden schon abgeschickt haben, dort eintreffen können. Tausende von Tonnen Copra und über 200 Tonnen Perlenmuscheln sind verloren gegangen.

Literatur.

Venezuela und die deutschen Interessen von Professor Dr. Wilhelm Siebers. Gießen. 107 Seiten und eine farbige Karte. Gebauer-Schweigsche Druckerei und Verlag m. b. H., Halle a. S. Preis 2 M. — (Das Werk erscheint zugleich als 3. Heft der „Angewandten Geographie“ und kostet für Abonnenten dieser Zeitschrift 1.50 M.)

Während sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Konflikt mit Venezuela richtet, ist es von besonderem Interesse, sich mit Hilfe eines zuverlässigen Führers ein Bild des Landes zu schaffen, um die aus seiner Struktur hervorgehenden Verhältnisse verstehen zu lernen und beurteilen zu können. Einen solchen Führer bietet uns das vorliegende Werk. Der bekannte Geograph behandelt zunächst das Land nach Lage, Größe, Grenzen, seinem Klima und seinem Bodenbau, um von hier aus die wirtschaftlichen Verhältnisse darzulegen: Ackerbau und Viehzucht, Handel und Verkehr. Ein weiteres Kapitel ist „Volk und Staat“ gewidmet, wobei uns im Abschnitt der eingewanderten Bevölkerung natürlich der über die Deutschen zumeist interessierte. Die Zahl unserer dortigen Landsleute beträgt etwa Tausend. Im nächsten Kapitel schließt sich das ganze scharf umrissene Bild in einer Geschichte des Landes zusammen, die naturgemäß in einer ausführlichen Darstellung des jetzigen Zustandes und des Streifalles gipfelt.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 12. Febr. Abt. C. 37. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Das goldene Vlies“, dramatisches Gedicht in 3 Akten von Franz Grillparzer. Erste Abteilung: „Der Gastfreund“, Trauerspiel in einem Akt. Zweite Abteilung: „Die Argonauten“, Trauerspiel in 4 Akten. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, 13. Febr. Abt. B. 37. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Der Postillon von Conjean“, komische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen von Friederich Elmentreich, Musik von Adam Chapelon-Saint-Bar. Heinrich Henkel vom Opernhaus in Frankfurt, als Gast. Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 11. Febr. 20. Ab.-Vorst. Postkappen, dramatisches Kindermärchen in einem Akt von Ludw. Pieck, eingerichtet von Fedor Mehl, Musik von Andreas Mohr. „Max und Moritz“, ein Bühnenstück in 6 Streichen, nach der bekannten Bühnengeschichte von Wilhelm Busch, für die Bühne bearbeitet von Leop. Günther, Musik von Fritz Becker. Anfang halb 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Wetter am Montag, den 9. Februar 1903.

Hamburg vormittags Regen, Steinmünde trüb, Neufahrwasser vorwiegend heiter, Münster zeitweise Regenschauer, Breslau und Chemnitz anhaltend Niederschlag, Reg nachmittags Regen und München nachts Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 10. Februar 1903, vormittags 7 Uhr.
Triest wolkenlos 5 Grad, Rom bedeckt 8 Grad, Florenz wolkenlos 6 Grad, Nizza wolkenlos 6 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrogr.

vom 10. Februar 1903.

Ein barometrisches Maximum, in dem der Luftdruck 780 Millimeter übersteigt, hat sich seit gestern über ganz Mittel-europa ausgebreitet. In Nord- und Mitteldeutschland hat es meist aufgeklart und die Temperaturen sind unter den Gefrierpunkt gesunken; im Süden war es dagegen am Morgen noch trüb und mild. Teils heiteres, teils neblig und etwas kälteres Wetter ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar.	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. in mm	Heucht. seit in Proz.	Wind	Himmel
9. Nachts 9 ⁰⁰ U.	765.7	7.9	7.4	33	SW	bedeckt 1)
10. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	769.0	8.0	7.1	29	SW	„
10. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	768.6	11.0	6.9	70	W	„

1) Regen.
Höchste Temperatur am 9. Februar: 10.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.5.
Niederschlagsmenge des 9. Februar: 0.3 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 10. Februar: 2.94 m, gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 1/2 verschied sanft nach längerem schweren Leiden unser innigstgeliebter Vater, Schwiegervater und Grossvater

Jakob Kaiser

Altbürgermeister

im 81. Lebensjahre.

Meersburg den 9. Februar 1903.
Ueberlingen

Hugo Kaiser, Gr. Obersteuerinspektor
Pauline Kaiser
Anna Kaiser, geb. Dietrich.

9.395

Süddeutsche Baugesellschaft

liefert
Ofenbauten, Feuerungsanlagen
für Hüttenwerke aller Industriezweige

mit und ohne Lieferung d. feuerfesten Materialien.

Fabrikschornsteinbauten, Schornsteinreparaturen

der gefährlichsten Art ohne Betriebsstörung werden n. d. neuesten Erfahrungen bestens ausgeführt von der

Süddeutschen Baugesellschaft für Feuerungsanlagen u. Schornsteinbau, G.m.b.H. MANNHEIM D 4 2.

11924.7

Die Süddeutsche Versicherungs-Bank

für Militärdienst- und Töchter-Aussteuer in Karlsruhe

abermittelt Kinder-Versicherungen in der Weise, daß die Kapitalen zahlbar werden:

a) auf einen vorher bestimmten gewissen Zeitpunkt: 18, 20, 25 u. Jahre;
b) auf den Hochzeitstag eines Töchterchens;
c) auf den Militärdienst eines Knaben; außerdem
d) Alters-Versicherungen Erwachsener ohne ärztliche Untersuchung.

Je früher der Beitritt erfolgt, desto billiger die Prämie.

Aufhören der Prämienzahlung in früherem Todesfall des Antragstellers.

— Vollständige Rückgewähr, falls das versicherte Kind vorher stirbt. — Niedrige Prämien, solide, sparsame Verwaltung, alle Ueberschüsse den Versicherten.

Auskunft erteilt und Anträge nimmt entgegen: J. 21.1

Die Direktion, Schloßplatz 7, Karlsruhe.

IV. Grosse Geld-Lotterie

d. Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz

Ziehung schon 7. März 1903

3888 Geldgw. 44000
zus. Mk.

Hauptgew. M. 15000
1 Gew. M. 15000
1 Gew. M. 5000
2 à 1000 = 2000
4 à 500 = 2000
30 à 100 = 3000
150 à 20 = 3000
400 à 10 = 4000
u. 2800 zus. 10000

Auszahlbar bar ohne Abzug.
1 Los 1 M., 10 Los 10 M.
Porto und Liste 25 Pf.
Nachnahme tourer, empfehlend
J. Stürmer, Strassburg i. E.
General-Debit, Langestr. 107
Carl Götz,
Karlsruhe, Habelstr. 11/15.

Veröffentliche

andurch die Niederlegung des Geschäftsbetriebes als „Rechtsagent“.

Säckingen, den 8. Februar 1903.

Franz Josef Böckle. J. 398.1

Jg. gebildete J. 396.1

Kindergärtnerin

sucht Stellung bei jung. Kindern, würde sich auch im Hause nützlich machen. Off. mit Bedg. u. Gehaltsangabe B. 1209 postl. Frauenthal- Pfalz.

Museumssaal.

Donnerstag, 12. Februar

Wolzogens Bunter Abend.

Direktion: Martin Stein, Hamburg.

Buntes Programm
unter persönlicher Mitwirkung

Freiherr Ernst von Wolzogen.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf in der Hofmusikalienhandlung **Hugo Kuntz**, Kaiserstrasse 114.

Konzertflügel der Firma **Ludwig Schweisgut** hier.

Goldpärchen, schön, gesund, per 1/2 und 1/4 Zr. 8 und 16 Mk. per Nachnahme. **Ferd. Albert, Neckarsteinach.** J. 309.2

Soeben erschienen

im Kommissions-Verlage der Hofbuchhandlung **Friedrich Gutsch** in Karlsruhe die aktuelle, sowohl die Protestanten als alle Musik- und Kunstfreunde gleichmäßig interessierende Broschüre:

Untersuchungen und Betrachtungen über die Pflege der **evangelischen Kirchenmusik** mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Karlsruhe.

Von einem Protestanten.

Preis 40 Pfa. — Zu beziehen durch alle Karlsruher Buchhandlungen sowie direkt von obiger Firma. J. 310.2

II. Festhalle-Maskenball Karlsruhe.

Samstag, den 21. Februar 1903, abends 8 Uhr,

Prämiiierung von Einzelkostümen und Gruppen
im Gabenwert von zusammen 1020 Mark,

darunter je 100 M. bar als I. Herrenpreis und als I. Damenpreis, 300 M. bar als II., 150 M. bar als III., 50 M. bar als III. Gruppenpreis.

Ballorchester: die vollständigen Kapellen des I. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 und des I. Bad. Leib-Drägoner-Regiments Nr. 20.

J. 400

Generals- und Kommandeurpferde für schweres Gewicht:

6 jährl. irische G. Fuchsstute, 1,73 groß, 2000 Mark.
6 jährl. irische Rapptstute, 1,71 groß, 1800 Mark.
6 jährl. englische braune Stute, 1,69 groß, 500 Mark. J. 336.2

Freiherr v. Roltzenstein, Freiburg i. B.

Auk- und Brenn-Schichtholz-Versteigerung.

Vom Gr. Forstamt Neckargemünd werden aus Domänenwaldungen jeweils morgens 9 1/2 Uhr beginnend, im Rathaussaale zu Neckargemünd versteigert:

1. **Mittwoch, 11. Februar d. J.**, aus Distrikt IV „Rohberg“ Ster 42 Buchen, 46 Eichen, 48 Birken, 2 Erlen-Schichtholz, 35 Buchen, 34 Eichen, 19 Birken, 17 Erlen, 14 gemischtes Prügelholz; 4700 Buchen, Eichen- und gemischte Wellen. J. 300

2. **Freitag, 13. Februar d. J.**, aus Distrikt V „Neckarberg“ (Abteilung in Ueberbau, Effenberg u. i. w.) und VII „Neckarhalde“ Ster 155 Buchen, 44 Eichen, 6 Birken, 14 Forlen-Schichtholz; 119 Buchen, 44 Eichen, 121 Birken, 80 gemischtes, 95 Forlen-Prügelholz; 21 150 Buchen, Eichen, gemischte und Forlen-Wellen.

3. **Samstag, 14. Februar d. J.**, aus Distrikt II „Judenwald“ Ster 8 Buchen-Nußschichtholz, 8 Eichen-Nuß-Rollen je 120 m lang; 473 Buchen-9 Eichen-Schichtholz; 52 Buchen-7 Eichen, 39 gemischtes Prügelholz; 7425 Buchen- und gemischte Wellen.

Vorzeiger des Holzes: Die Forstämter Gerner in Wiesbaden für Distrikt II, Gbg in Müdenloch für Distrikt V u. VII u. Domänenkaltbater Herzinger in Waldimmertsbach für Distrikt IV.

Bürgerliche Rechtskreite.

Konkurse.

J. 379. Nr. 1323. Gegenbach, Heber das Vermögen des Holzhandlers Dagobert Geisler von Zell a. G. wurde heute am 9. Februar 1903, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Wilhelm Harter dahier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 2. März 1903 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Montag, den 9. März 1903, nachmittags 3 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung anerkennen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 2. März 1903 Anzeige zu machen.

Gegenbach, den 9. Febr. 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. Willi.

Amtsgerichtssekretär.

J. 378. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Johannes Metzger in Mannheim stehen 332.20 M. zur Verteilung zur Verfügung.

Hierzu sind: 81.74 M. bevorrechtigte und 9023.88 M. nichtbevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen.

Mannheim, den 8. Februar 1903.
Jacob Dann, Konkursverwalter.
J. 380. Nr. 2202. Bühl. Das Konkursverfahren über das Vermögen

des Cigarrenfabrikanten Philipp Kaiser von Bühlenthal wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und vorgenommener Schlußverteilung aufgehoben.

Bühl, den 7. Februar 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. Mittelmann.

J. 373.1. Neustadt.

Zwangsvollstreckung.

Infolge richterlicher Verfügung werden am

Freitag, den 3. April 1903, vormittags halb 10 Uhr,

am Rathaus zu Eisenbach die nachbeschriebenen Grundstücke des Fändlers Leopold Willmann von Eisenbach öffentlich zu Eigentum versteigert. Der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätungspreis erreicht wird. Die übrigen Versteigerungsbedingungen können bei dem unterfertigten Notariat eingesehen werden.

Beschreibung der Liegenschaften und Schätzung.

1. Ein zweistöckiges, von Holz erbautes Wohnhaus mit Scheuer und Stallung unter einem Dach, Genannt Wiesbach, geschätzt zu 3200 M.

2. Ungefähr 2 Hektar Acker, Wiese, Hofraum und Garten, Genannt Wiesbach, geschätzt zu 3405 M.

In dem zu versteigernden Anwesen wurden lange Jahre hindurch Schweinehandel und Milchwirtschaft mit gutem Erfolge betrieben.

Neustadt, den 4. Februar 1903.
Großh. Notariat: Rohlund.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Gemerkung Schwarzenbach belegene, im Grundbuche von Schwarzenbach, zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Fändlers Leopold Willmann in Eisenbach eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Freitag, den 3. April 1903, vormittags halb 10 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Eisenbach versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. Juli 1902 in das Grundbuche eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätungsurkunde ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschreibung des zu versteigernden Grundstücks:

Genannt Oberschwarzenbach: Zgb. Nr. 30: 1 Hektar 59 Ar 16 Quadratmeter Hofreite, Ackerland, Wiese und Weg, efs. Gemerkung Eisenbach, afs. Wiesbacherhof, Schätzung: 1050 M.

Neustadt, den 4. Februar 1903.
Großh. Notariat: Rohlund.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.

Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgebühren bis spätestens 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle eingureichen und die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gef. u. WBl. 1898 S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. J. 394

Karlsruhe, den 6. Februar 1903.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues: Gonsell. Hall.